

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

## September 2008



### Der Sozialstaat vor dem Verfassungsgericht

Der Sozialstaat kassiert völlig unbeschwert, bis er vor das Bundesverfassungsgericht gerät. Das erinnert ein wenig an den sprichwörtlichen Krug, der so lange zum Brunnen geht, bis er bricht. Unternehmen und Arbeitgeberverbände wollen erproben, ob sich die Lehre der literarischen Vorlage auch auf den schröpfenden Staat anwenden lässt.

In der Sache geht es um eine Finanzierungspraxis, die den Unternehmen seit Längerem ein Grund des Ärgernisses ist. Der Bund verwendet seit Jahren – und nach Ansicht von Juristen missbräuchlich – Milliardensummen aus der Arbeitslosenversicherung. Aus diesem Topf, der ursprünglich nichts anderes als eine Sammelstelle für befristete Lohnersatzleistungen sein sollte, werden mehr und mehr die Bundesmittel für die unbefristete Unterstützung der Langzeitarbeitslosen genommen. Aus der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufzubringenden Versicherungsleistung ist so eine Finanzierungsquelle der wachsenden Last der Sozialpolitik geworden. Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht versichert. Was die Langzeitarbeitslosen bekommen, wird als Leistung des Staates geboten, die – nicht nur nach Ansicht der Unternehmen – aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren ist. Die Durchsetzung dieses Prinzips wollen Unternehmen und Verbände nun gerichtlich erzwingen.

Der anstehende Rechtsstreit hat Bedeutung für die finanzwirtschaftliche Ordnung des Sozialstaats. Das ist nichts Abstraktes, denn diese Ordnung ist nicht ohne Einfluss auf die Beschäftigungschancen der Bürger. Wenn Lohnbestandteile wie die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Zwecke der allgemeinen Sozialpolitik missbraucht werden, verteuert sich die Arbeit im Wettbewerb mit dem Ausland und mit dem Faktor Kapital. Daher kann es auch den Arbeitnehmern nicht egal sein, was der Sozialstaat mit den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung sonst noch finanziert: Es geht hier nicht um einen Streit Arbeit gegen Kapital.

Hans D. Barbier

### Wachsende deutsche Stromexporte

Deutschland wird dieses Jahr voraussichtlich mehr Strom exportieren als je zuvor. Das geht aus Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen – eine Institution der Verbände der Energiewirtschaft – hervor.

Den Berechnungen zufolge haben deutsche Energieproduzenten im Jahr 2007 insgesamt 19 Milliarden Kilowattstunden überschüssigen Strom erzeugt, der ins Ausland verkauft werden konnte. 2006 waren es 19,8 Milliarden – bislang Rekordwert beim Stromexport aus Deutschland. Weil der Exportüberschuss im ersten Halbjahr 2008 mit 14,4 Milliarden Kilowattstunden rund 30 Prozent höher lag als im Vergleichszeitraum 2007, könnte sich nach den Prognosen der Überschuss bis Jahresende auf rund 25 Milliarden summieren. Das entspricht der Jahresstrommenge von drei Kernkraftwerken.

[www.ag-energiebilanzen.de](http://www.ag-energiebilanzen.de)

### Defizit in den gesetzlichen Krankenkassen

Allen Spargesetzen und Appellen zum Trotz rutschen die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) wieder einmal ins Minus: Im ersten Halbjahr 2008 haben sie 940 Millionen € mehr ausgegeben als eingenommen: Einnahmen in Höhe von rund 78,3 Milliarden € standen Ausgaben von 79,3

### GKV-Ausgaben

Anteile an den Ausgaben im ersten Halbjahr 2008	
Krankenhaus	33,73 %
Arzneimittel	18,20 %
Arzt	15,06 %
Zahnarzt	5,02 %
Verwaltungskosten	4,95 %
Krankengeld	4,15 %
Hilfsmittel	2,96 %
Heilmittel	2,46 %
Fahrkosten	1,99 %
Zahnersatz	1,84 %
Vorsorge und Reha	1,57 %
Häusliche Krankenpflege	1,55 %
Sonstiges	6,53 %

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Milliarden € gegenüber. Pro Mitglied ergab sich ein durchschnittlicher Kostenanstieg von 4,5 Prozent. Bei den Kosten für ärztliche Leistungen betrug der Anstieg 3,5 Prozent je Mitglied (3,0 Prozent im Vorjahr), für Krankenhäuser mussten 3,1 Prozent (0,9 Prozent im Vorjahr), für Arzneimittel sogar 5,7 Prozent (5,1 Prozent im Vorjahr) mehr ausgegeben werden.

Bis zum Start des Gesundheitsfonds Anfang 2009 erwarten Bundesgesundheitsministerium und Krankenkassen eine ausgeglichene Bilanz. Dank hoher Lohnabschlüsse, mehr Beschäftigten sowie der zum Jahresende anstehenden Beiträge auf das Weihnachtsgeld sollen die Einnahmen in der zweiten Jahreshälfte steigen.

Die Bundesregierung muss spätestens Anfang Oktober 2008 den neuen bundesein-

heitlichen Beitrag für die Krankenkassen beschließen, der mit dem Start des Gesundheitsfonds wirksam werden soll. Der Beitrag wird voraussichtlich über dem bisherigen Durchschnittsbeitrag von 14,9 Prozent liegen. Vor allem Mitglieder günstiger Krankenkassen werden die Erhöhung deutlich in ihrer Gehaltsabrechnung spüren.

[www.bmg.bund.de](http://www.bmg.bund.de)

### **Sorge um hohe Lebenshaltungskosten**

Steigende Preise für Gas und Strom, teurere Grundnahrmittel, höhere Spritpreise: Beinahe täglich lassen sich diese Meldungen in den Medien finden. Das bleibt nicht ohne Wirkung auf die Bürger. Steigende Lebenshaltungskosten sind einer repräsentativen Langzeitstudie zufolge die mit Abstand größte Sorge der Bundesbürger.

Die steigenden Ausgaben und Belastungen bewegen die Menschen seit vielen Jahren. Laut aktueller Befragung hat die Angst davor allerdings nochmals zugenommen: 76 Prozent der Befragten fürchten nun steigende Lebenshaltungskosten, beachtliche zehn Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Das ist sogar der höchste Wert der Umfrage, die seit 1991 jährlich durchgeführt wird. Ebenfalls um zehn Prozent ist auch die Zahl der Befragten gestiegen, die sich vor einer schlechteren Wirtschaftslage ängstigen. In der Rangliste der größten Sorgen werden Naturkatastrophen an dritter Stelle genannt, es folgt die Furcht vor Erkrankungen und Arbeitslosigkeit.

[www.ruv.de](http://www.ruv.de)

## **Atomstrom? Ja, aber...**

Steigende Preise beim Erdöl, Diskussionen über die Klimaerwärmung und möglicherweise unsichere russische Gaslieferungen haben dazu geführt, dass das Ende der Kernenergie infrage gestellt wird. Einige Politiker und Vorstände der Stromkonzerne fordern: Zumindest die Restlaufzeiten müssen verlängert werden.

Seit sieben Jahren steht fest: Spätestens im Jahr 2025 soll in Deutschland kein Kernkraftwerk (KKW) mehr Strom ins Netz einspeisen. Die Bundesregierung und die Energieversorgungsunternehmen – vertreten durch EnBW, EON, HEW (inzwischen Vattenfall) und RWE – unterzeichneten am 11. Juni 2001 die „Vereinbarung zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung“. Der Ausstieg ist juristisch im Atomgesetz abgesichert. Das Gesetz verbietet den Neubau kommerzieller KKW und den Bau von Anlagen zur Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe, befristet die Regellaufzeit der bestehenden KKW und legt für jedes die künftig noch zu produzierende Reststrommenge fest.

Allerdings zeichnet sich ab, dass ein grundlegendes Problem des Atomausstiegs bislang ungelöst ist. Als Industrialisation benötigt Deutschland derzeit rund 6 000 Kilowattstunden Strom pro Einwohner und Jahr. Ein knappes Viertel dieser Strommenge stammt aus KKW. Wie die spätestens im Jahr 2025 fehlende Menge ersetzt werden kann, ist offen und strittig.

Kernkraft-Befürworter aus Industrie, Energieverbänden und Politik betonen, dass Atomstrom besonders billig zu produzieren sei, klimaverträglich hergestellt würde und die Energie-Unabhängigkeit des

Industriestandorts Deutschland stärke. Deshalb könne auf Kernenergie keinesfalls verzichtet werden.

### **Atomstromproduktion – günstig für wen?**

Die Energieversorger versuchen vor allem, mit dem Preis für Atomstrom zu überzeugen. Die einfache Rechnung: Strom aus Atommeilern kostet 3,5 bis 5,0 Cent pro Kilowattstunde. Alternative Energien sind da chancenlos, denn mit Solarstrom hergestellter Strom ist zehnmal so teuer, Windstrom kostet rund zehn Cent, und konventionelle Kohlekraftwerke produzieren eine Kilowattstunde Strom für rund fünf Cent.

Die meisten KKW in Deutschland sind bereits abgeschrieben, die Kosten für den Bau längst erwirtschaftet. Deshalb gelten diese KKW als „Gelddruckmaschinen“. Alle Kraftwerke am Netz haben ihre eigenen Produktionskosten. Für den Strompreis ist der Anbieter entscheidend, der sein Produkt an der Strombörse Leipzig gerade noch verkaufen kann. Die anderen Anbieter verkaufen ihren Strom ebenfalls zu diesem Preis – eben auch den „billigen“ Atomstrom. Je günstiger Energie produziert wird, umso größer ist also die Gewinnspanne. Laut Bundesumweltministerium bringt der Betrieb eines abgeschriebenen

KKW eine Million Euro Gewinn am Tag. Eine längere Restlaufzeit würde demnach die Einnahmen der Betreiber erheblich steigern. Die von den Energiekonzernen geforderte Laufzeitverlängerung um acht Jahre würde sich mit mindestens 20 Milliarden € auszahlen, optimistischere Schätzungen nennen sogar bis zu 50 Milliarden €.

### **Privilegien für KKW-Betreiber**

Jedes Unternehmen legt alle Kosten, die es zu tragen hat, auf den Preis um. Dazu gehören auch Versicherungen. Gleiches Recht für alle: Wenn jede Solar- und Windenergieanlage voll haftpflichtversichert sein muss, müsste das auch für KKW gelten.

Aktuell besteht eine wohl eher symbolische Haftpflichtversicherung für KKW, die weniger als 0,1 Prozent der bei einem größten anzunehmenden Unfall (GAU) zu erwartenden Schäden deckt: Einer Prognosestudie für das Bundeswirtschaftsministerium zufolge könnten bei einem GAU Schäden in Höhe von bis zu 5 500 Milliarden € entstehen. Die Unternehmen sind laut Atomgesetz zu einer Deckungsleistung von 2,5 Milliarden € verpflichtet. Haftpflichtversichert ist ein KKW sogar nur mit 500 Millionen €. Alle privaten Haftpflichtversicherungen in Deutschland schließen Schä-



„Wir bekräftigen den Grundsatz, dass die sichere Gewährleistung der Entsorgung eine der unabdingbaren Voraussetzungen für den weiteren Ausbau der Kernenergie bildet.“

Helmut Schmidt (Bundeskanzler von 1974 bis 1982) 1979

den durch Nuklearunfälle übrigens ausdrücklich aus. Erstaunlich ist, dass die Atomindustrie der einzige Industriezweig in Deutschland ist, der ohne hinreichende Haftpflichtversicherung produzieren darf.

### Haftungsbegrenzung als Wettbewerbsvorteil

KKW-Betreiber haften zwar im Prinzip unbegrenzt für entstehende Schäden. Bei einem GAU würde aber das Vielfache der Deckungssumme anfallen. Geraten die Unternehmen dann in Finanzierungsprobleme, müsste der Staat einspringen. Wären die Erzeuger verpflichtet, sich für einen GAU in realistischer Schadenshöhe zu versichern, wäre Atomstrom vermutlich der teuerste Strom: Berechnungen im Bundesumweltministerium haben ergeben, dass für Atomstrom bis zu zwei Euro pro Kilowattstunde berechnet werden müsste, wenn alle anfallenden Kosten berücksichtigt werden.

Kernkraft	
Kernkraftanteil an der gesamten Stromerzeugung	
Frankreich	77 %
Litauen	64 %
Belgien	54 %
Slowakische Republik	54 %
Schweden	46 %
Armenien	43 %
Schweiz	40 %
Bulgarien	32 %
Japan	28 %
Deutschland	22 %
Südafrika	5 %
Indien	3 %
China	2 %

Quelle: Informationskreis Kernenergie

KKW-Betreiber profitieren auch von anderen Vergünstigungen. Während zum Beispiel fossile Brennstoffe besteuert werden, sind Kernbrennstoffe steuerbefreit. Andere Bevorzugungen sind weniger offensichtlich, weil sie in den Haushalten verschiedener Länder- und Bundesressorts versteckt sind: Forschungsmittel in Höhe von 3,1 Milliarden € gehen bis zum Jahr 2011 an EURATOM. 20 Milliarden € haben die Steuerzahler bislang für den Bau von Forschungsreaktoren aufgebracht. Alle direkt berechenbaren Vergünstigungen werden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung auf inzwischen rund 45 Milliarden € geschätzt.

### Atomares Endlager verzeifelt gesucht

Mit dem Abschalten eines KKW wird das nächste Problem offenbar: Wohin mit dem radioaktiv verschmutzten Müll? Jeder Betreiber eines KKW muss Gelder für die Atommüllentsorgung und den Rückbau der Kraftwerke zurückstellen. In anderen Ländern werden diese Rücklagen in Rückstellungsfonds eingezahlt. Anders in Deutschland: Hier bleibt das Geld in den Unternehmen – rund 30 Milliarden € wurden inzwischen als Rücklagen angesammelt – und ist als zinsgünstige Finanzierungsquelle für das laufende Geschäft, zum Beispiel für Unternehmenszukäufe, verfügbar. Zudem mussten für die Rücklagen nie Steuern gezahlt werden. Das sind erhebliche Wettbewerbsvorteile gegenüber Unternehmen, die ohne derartige Privilegien am Markt tätig sind.

In den Schacht und Deckel zu – damit ist es nicht getan. Der Müll ist über Jahrtausende gefährlich. Aber was, wenn Vattenfall oder EnBW in 20, 50 oder 100 Jahren nicht mehr existieren? Wer trägt dann anfallende Endlagerkosten oder haftet für eintretende Schäden? Im Zweifelsfall die Allgemeinheit.

Die Endlagerung des Atom- mülls ist ein bisher – weltweit – ungelöstes Problem. Als relativ sichere Methode der Endlagerung gilt die Verwahrung in geologischen Formationen (Salz, Ton, Granit) im tieferen Untergrund. Die wesentlichen Anforderungen an ein solches Endlager sind: geologische Stabilität über einen Zeitraum von etwa 10 000 Jahren, Sicherheit gegenüber Wassereintritten, die Schadstoffe auslaugen und wegspülen könnten, sowie gute Wärmeleitfähigkeit, um die beim radioaktiven Zerfall entstehende Wärme abführen zu können.

Bis in Deutschland ein entsprechendes Endlager endlich ausgebaut wird, strahlt der radioaktive Abfall in Betonhallen auf dem Gelände der KKW vor sich hin. Rund 12 500 Tonnen sind bereits angefallen und werden provisorisch in Zwischenlagern aufbewahrt. Jedes Jahr kommen rund 420 Tonnen Atommüll dazu. Besonders hochaktiver Abfall stammt aus Brennelementen und der Wiederaufbereitung. Der Atommüll wird in sogenannten Castorbehältern gelagert oder in Glasblöcken eingeschlossen, damit die Umgebung nicht zu sehr aufgeheizt wird oder der Müll nicht unkontrolliert ins Grundwasser gelangen kann.

Die Nachrichten der vergangenen Wochen – Stichwort: Versuchslager Asse II – zeigen, dass eine auf Jahrtausende konzipierte Anlage bereits nach weniger als einer Generation in Schwierigkeiten geraten kann. Die Behebung der im Lager bei Wolfenbüttel entstandenen Probleme wird inzwischen auf bis zu drei Milliarden € geschätzt. Zahlen wird auch in diesem Fall der Steuerzahler.

### Fehlende Transparenz bei allen Energieträgern

Das Potenzial der Kernkraft ist nicht von der Hand zu weisen, die mit ihr verbundenen Probleme sind jedoch gravierend. Andererseits: Wären tatsächlich „Schrott-“ oder „Gefährdungsreaktoren“ in Betrieb – wie zum Beispiel von Bundesminister Sigmar Gabriel befürchtet –, müssten sie von den entsprechenden Institutionen auf der Stelle abgeschaltet werden – Restlaufzeiten hin, Koalitionsabsprachen her.

Noch ist offen, was letztlich „die“ Energie der Zukunft sein wird, zumal auch andere Energiequellen längst nicht bis in alle Details erforscht sind. Realistisch ist, dass Deutschland auch in den kommenden Jahrzehnten auf einen Energiemix aus verschiedenen Quellen angewiesen sein wird.

Sinnvoll wäre als erster Schritt, für alle Energieträger – vom Atom bis zur Windkraft – die tatsächlichen Kosten zu kalkulieren, verzerrende Subventionen und sonstige Hilfen inklusive. Dann wird klar, zu welchem Preis Strom produziert und geliefert werden könnte.

Andreas Schirmer



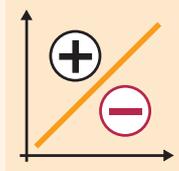
„Wir müssen mit der Zeit unserer jungen Menschen endlich verantwortlich umgehen und die überflüssigen Warteschleifen abschaffen.“

Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung

## IM KLARTEXT

September 2008

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im September 2008

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung (+)

Bis August 2008 haben sich rund 601 000 Ausbildungsplatzsuchende bei den Arbeitsagenturen gemeldet. Dies sind 15,4 Prozent bzw. knapp 110 000 junge Erwachsene weniger als im Vorjahr.

Im August wurden noch 129 000 Bewerber als „unversorgt“ geführt. Das waren 32 000 weniger als vor einem Jahr. Ihnen standen 73 600 unbesetzt gemeldete Ausbildungsstellen gegenüber. Die sogenannte Lehrstellenlücke ist damit kleiner als in den vergangenen Jahren.

Doch trotz Ausbildungspakt, Einstiegsqualifizierung

	Lehrstellen	
	Berufsausbildungsstellen gemeldet	unbesetzt
2001	601 223	76 449
2002	557 425	59 377
2003	510 743	54 577
2004	479 853	50 219
2005	427 544	50 697
2006	417 939	k.A.
2007	458 226	85 925
2008	466 681	73 631

jeweils August  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

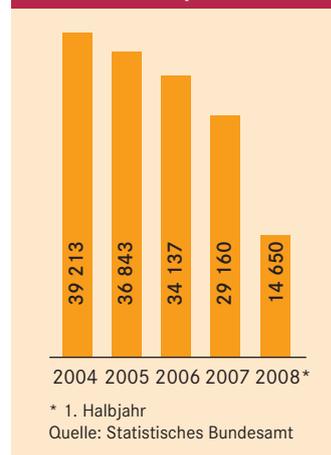
für Jugendliche und Ausbildungsbonus – der Bonus sieht für Betriebe, die ab dem 1. August 2008 einen sogenannten Altbewerber zusätzlich aufnehmen, staatliche Förderleistungen von bis zu 6 000 € vor – bleiben zu viele junge Erwachsene vom Start ins Berufsleben ausgeschlossen.

### Eigenverantwortung (+)

Die Insolvenzen von Unternehmen sind seit Anfang 2005 rückläufig. Nachdem im Jahr 2003 mit 39 320 Insolvenzen der Höchststand verzeichnet worden war, wurde 2007 mit rund 29 000 zahlungsunfähigen Unternehmen die geringste Anzahl seit dem Jahr 2001 erreicht.

Für das erste Halbjahr 2008 verzeichneten die deutschen Amtsgerichte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 14 650 Unternehmenspleiten. Demnach ist die Zahl insolventer Unternehmen um 8,3 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gesunken. Vor allem die bis dato relativ günstige Wirtschaftslage hat für diese positive Entwicklung gesorgt.

### Firmenpleiten



### Geldwertstabilität (-)

Mancher kalkuliert beim Hausbau oder beim Kauf einer Eigentumswohnung zu knapp. Kommt dann noch Arbeitslosigkeit dazu, müssen die „eigenen vier Wände“ häufig zwangsversteigert werden. Von Januar bis Juni 2008 setzten die Amtsgerichte rund 46 000 Versteigerungstermine fest, das waren 2,9 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl zwangsversteigertter Immobilien sank zwar leicht, liegt aber nach wie vor auf hohem Niveau.

Wer durch eine Zwangsversteigerung sein Wohneigentum verliert, verliert unter Umständen mehrfach. Zunächst ist die Wohnung weg. Des Weiteren erleidet man einen Vermögensverlust, denn die von den Gerichten festgesetzten Verkehrswerte liegen regelmäßig weit unter dem Marktwert der Häuser und Wohnungen. Wurde die Immobilie mit Krediten finanziert, bleiben häufig sogar Schulden. Zur Mietzahlung für eine neue Wohnung kommt dann der Schuldendienst, der anstelle der Inflation die Kaufkraft des Einkommens schmälert.

### Zwangsversteigerung

	Anzahl der Versteigerungen	Verkehrswerte in Mrd. €
1996	32 200	8,2
1998	47 900	10,3
2000	57 600	13,0
2002	87 800	18,0
2004	92 300	18,8
2006	91 036	17,4
2008*	45 988	8,0

\* 1. Halbjahr  
Quelle: Argetra GmbH

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture-alliance/dpa  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*